



Was steckt hinter der Corona-Politik?

Die öffentliche Debatte in Deutschland und anderswo scheint festgefahren: aus „Fallzahlen“ und „Inzidenzen“ folgen „Sachzwänge“ und „Maßnahmen“ – zumeist alternativlos. Kritiker sind „Leugner“, Widerspruch „unwissenschaftlich“. Was bleibt, ist das große Paradox, der sprichwörtliche Elefant im Raum: Die vorliegenden Daten zur Tödlichkeit des Virus, zur Übersterblichkeit, zur Intensivbettenbelegung, zur Infektiosität von Asymptomatischen und zur Aussagekraft des PCR-Tests rechtfertigen die politischen Entscheidungen nicht ansatzweise. Der Eindruck, dass es bei all dem nicht um den Gesundheitsschutz geht, verstärkt sich. Was aber motiviert dann die von Regierungen in aller Welt energisch durchgesetzten Freiheitsbeschränkungen?

PAUL SCHREYER, 2. Dezember 2020, 12 Kommentare

Hinweis: Dieser Beitrag ist auch [als Podcast verfügbar](#).

Offiziell scheint die Situation im Jahr 2020 eindeutig und klar – die Welt befindet sich im Ausnahmezustand und das mit Recht, denn ein neues Virus bedroht alle. Nur Vereinzeln, Isolation, Maske und Impfstoff können die Menschen retten, denn – so erklärt es die Bundesregierung, so sieht man es jeden Tag in den Nachrichten und auf zahllosen Warnhinweisen im öffentlichen Raum – das „neuartige Coronavirus“ bleibt hochgefährlich. Laut Regierung ist „das exponentielle Wachstum der Infektionsfälle“ im Herbst „besorgniserregend“. Das Robert Koch-Institut (RKI) erklärt dazu seit März, ohne jede Abweichung, Relativierung oder Anpassung an die zwischenzeitlich stark schwankenden Zahlen von positiv Getesteten, es schätze „die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland weiterhin als hoch ein“. Der Satz scheint seit Beginn der Krise in Stein gemeißelt zu sein.

Multipolar geht seit einigen Wochen juristisch gegen das RKI vor. Die Behörde hat inzwischen gegenüber dem Gericht Stellung bezogen, eine Entscheidung steht noch aus. Es geht darum, die Details, konkreten Hintergründe und Verantwortlichen der Risikoabschätzung transparent zu machen – denn die amtliche Einschätzung passt nicht zu den vorliegenden Daten. Sie passte nicht im Frühjahr, nicht im Sommer und auch nicht jetzt im Herbst und Winter:

- Die Tödlichkeit des Virus liegt in der Größenordnung der Influenza – so schreibt es inzwischen auch eine Fachpublikation der WHO.
- Es gibt keine Übersterblichkeit – so der Chef des Frankfurter Gesundheitsamtes. Auch das Statistische Bundesamt weist keine signifikante Übersterblichkeit im Vergleich zu den Vorjahren aus. Die in einzelnen Wochen messbare Übersterblichkeit beruht mehrheitlich nicht auf Covid-19. (Auch in den USA gibt es laut den amtlichen Zahlen 2020 keine Übersterblichkeit, (1) sondern nur eine Verschiebung bei den Etikettierungen der Todesursachen – die Zahl der „Covid-Toten“ wuchs demnach im gleichen Maße, wie andere Todesfälle zurückgingen – was auf eine statistische Täuschung hinweist.)
- Die Gesamtzahl an Intensivpatienten blieb zuletzt ungefähr gleich, es stieg lediglich die Anzahl der Patienten mit positivem PCR-Test. Eine Überlastung des Gesundheitssystems ist nicht in Sicht.
- Die WHO hatte bereits im Juni erklärt, dass Übertragungen durch Asymptomatische „sehr selten“ seien. Dies entspricht dem gesunden Menschenverstand: Wer eine so geringe Viruslast trägt, dass er keine Symptome entwickelt und wer daher nicht niest oder hustet, der kann auch nur schwer andere anstecken. Laut einer im November veröffentlichten chinesischen Studie mit 10 Millionen Teilnehmern sind positiv getestete Menschen ohne Krankheitssymptome nicht infektiös. Wörtlich heißt es in der Studie: „Es gab keinen Beweis dafür, dass die identifizierten asymptomatischen positiven Fälle infektiös waren.“ Demnach sind pauschale Einschränkungen wie Quarantäne oder Maskentragen für symptomfreie Menschen ungerechtfertigt.
- Schließlich: Der PCR-Test selbst weist keine Infektiosität nach. Prof. Dr. Matthias Schrappe, langjähriger Vizechef im Sachverständigenrat des Bundesgesundheitsministeriums, betonte Ende Oktober in einer Anhörung vor dem Gesundheitsausschuss des Bundestages: „Die derzeitig verwendeten Testverfahren lassen keine sinnvolle Aussage zur Infektiosität zu und können daher daraus abgeleitete Maßnahmen nicht begründen.“

Es braucht Zeit, diesen letzten Satz zu verdauen, so sehr widerspricht er der politisch und medial erzeugten Realität, so vollständig entzieht er den meisten Freiheitsbeschränkungen und vielen Gerichtsurteilen dazu den fachlichen Boden. Schrappe kam vor wenigen Tagen immerhin im ZDF zu Wort, wenn auch nicht in den reichweitenstarken Hauptnachrichten, sondern im Nischenprogramm „heute live“, wo er einem schlecht vorbereiteten (2) Moderator zu den vom RKI verbreiteten Fallzahlen deutlich erklärte:

„Diese Zahlen sind nichts wert.“

Ein Grund dafür: Das RKI teste noch immer nicht regelmäßig einen repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt, wie es Fachleute schon seit März fordern, erwecke aber fälschlich den Eindruck, als seien die täglich erhobenen Fallzahlen miteinander vergleichbar. Tatsächlich bewege man sich mit der aktuellen Art zu testen konsequent im Nebel – und das, so ließe sich ergänzen, bewusst und wider besseres Wissen seit fast einem Jahr, ohne jeden erkennbaren Impuls zur Korrektur. Das weckt Misstrauen an den vermeintlich guten Absichten.

Das große Faktenleugnen – nichts hören, nichts sehen, nichts berichten

All diese Fakten und evidenzbasierten Einschätzungen sind öffentlich bekannt und werden konsequent und mit beachtlicher Ausdauer geleugnet – von Regierungen, zahlreichen Parteien, vielen Leitmedien und großen Teilen der Wissenschaft. Der Rundfunk, online wie offline, sendet stattdessen Christian Drost in Dauerschleife.

Zuletzt fragte Stephan Detjen, Leiter des Deutschlandradio-Hauptstadtstudios und Mitglied im Vorstand der Bundespressekonferenz den Virologen ernsthaft um Rat, woran ein Journalist die Seriosität von Wissenschaftlern denn erkennen könne, wem er also Platz in der Berichterstattung einräumen solle und wem besser nicht. Drosten antwortete darauf ausweichend. Genauso gut hätte der Reporter Angela Merkel fragen können, welchen Politikern das Volk vertrauen solle oder den Daimler-Chef um Rat bitten, welches Auto man den Zuhörern empfehlen könne. Dass eine so naive Frage an Drosten gerichtet einem klugen und erfahrenen Journalisten nicht peinlich ist, zeigt, wie sehr solche Regierungsexperten inzwischen als über den Dingen schwebend wahrgenommen werden, als politisch oder finanziell interessenlose „Hüter der Wahrheit“, die es nicht zu kritisieren gilt, sondern, im Gegenteil, vor Angriffen zu schützen. Dabei werden grundlegende Zweifel an der Qualität und Verlässlichkeit von Drostens Arbeit rund um dessen weltweit verwendeten PCR-Test längst in der Fachwissenschaft diskutiert.

Die Leugnung der oben genannten Fakten und evidenzbasierten Einschätzungen ist schwerwiegend. Denn nimmt man die vorliegenden Daten unbefangen zur Kenntnis, dann stellt sich tatsächlich die Frage, ob die Coronakrise nicht ein gigantischer Fehlarmed ist. Falls ja, dann befinden wir uns in der bizarren Situation, dass, bildlich gesprochen, das Haus gar nicht brennt, die Feuerwehr aber trotzdem unaufhörlich „löscht“, durch das Löschwasser das Gebäude zerstört und die Bewohner krank macht. Das sture Festhalten an einer solchen, wie oben beschrieben, in großen Teilen irrationalen Deutung der Realität ist nicht nur beunruhigend oder beängstigend, da es große Teile des sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens sowie des gesellschaftlichen Friedens zerstört, es bedarf auch einer Erklärung.

Warum das Ganze?

Es ist nicht schlüssig, zu unterstellen, dass sämtliche verantwortlichen Akteure diese Fakten nicht kennen oder nicht verstehen. Zwar ist mancher durch das nun schon fast ein Jahr währende mediale Dauerfeuer verängstigt und verwirrt und vieles lässt sich auch auf Gruppendynamik zurückführen. So schauen Journalisten genau, wie andere Medien berichten, und Regierungen beobachten, welche Maßnahmen andere Länder beschließen. Auf der Suche nach Orientierung gleicht man sich so einander an, ganz ohne Plan oder große Verschwörung.

Doch das erklärt nicht die ursprünglichen politischen Impulse, die schon sehr früh, zeitgleich mit dem Treffen des World Economic Forum (WEF), im Januar 2020 gesetzt wurden und die bis heute wirken. Zur Erinnerung: Am 24. Januar, als das WEF-Treffen der führenden Konzern- und Staatschefs in Davos zu Ende ging und in internationalen Leitmedien wie der New York Times bereits große Angst vor einer neuen Pandemie und deren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft beschworen wurde (3), meldete die Weltgesundheitsorganisation WHO lediglich 25 (!) Tote weltweit.

Die erklärte Panik und die zu beobachtende Realität passten von Anfang an nicht zusammen. Es war nicht im entferntesten logisch nachvollziehbar, weshalb 25 Tote die Weltwirtschaft bedrohen sollten und weshalb die WHO (zunächst erfolglos) am 22. Januar einen „internationalen Gesundheitsnotstand“ auszurufen versuchte (was dann am 30. Januar nachgeholt wurde).

Gruppendynamik erklärt auch nicht hinreichend die erstaunliche Dauer und Kontinuität dieser Politik. Gerade angesichts der gigantischen gesundheitlichen und ökonomischen Schäden durch die Freiheitsbeschränkungen müsste man eigentlich annehmen, dass im Laufe der Zeit immer mehr Länder ausscheren und ihren eigenen Weg gehen. Das geschieht aber nicht. Im Gegenteil: Ausreißer wie Schweden, nähern sich der Masse an. Die schwedische Regierung hat im November ähnlich rigorose Freiheitsbeschränkungen beschlossen, „ohne“, wie das

ZDF hervorhebt, „wie bisher die staatliche Gesundheitsbehörde vorher zu befragen“. Der Druck kommt also politisch von ganz oben, nicht von den fachlichen Experten.

Überraschende Todesfälle von Maßnahmen-Kritikern

Ein anderer Punkt, der noch weiterer Aufklärung bedarf, gehört ebenfalls auf den Tisch: Mehrere Politiker und Funktionäre, die sich lautstark und entschieden dem Regierungskurs entgegengestellt haben, starben in den vergangenen Wochen spontan und unerwartet, so Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann am 25. Oktober, Mittelstandspräsident Mario Ohoven am 31. Oktober und der Hamburger Dehoga-Chef Franz Klein am 21. November.

Oppermann, dessen Lebensgefährtin Petra Kirchhoff im Aufsichtsrats des milliardenschweren Pharma- und Laborzulieferer Sartorius sitzt, wurde Mitte Oktober, kurz vor dem zweiten Lockdown, in den Medien mit den Worten zitiert, er rechne „mit weiteren Gerichtsentscheidungen, die Corona-Maßnahmen aufheben.“ Der „Aktionismus der Landesregierungen“ führe zu Maßnahmen, „die entweder gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit oder den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen“. Er forderte „eine offene Generaldebatte im Bundestag“. Drei Tage vor seinem Tod bekräftigte er in einem Zeitungsinterview: „Wir brauchen eine Debatte über die genaue gesetzliche Ermächtigung der Exekutive“. Unmittelbar vor Aufzeichnung eines TV-Interviews mit dem ZDF, bei dem er seine Position dem Fernsehpublikum erläutern wollte, „brach Oppermann plötzlich zusammen“ – und starb kurz darauf.

Mario Ohoven, langjähriger und gutvernetzter Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, warnte am 22. Oktober öffentlich die Bundesregierung vor einem neuen Lockdown. Sollte die Regierung das öffentliche Leben erneut zum Erliegen bringen, behalte sich sein Verband rechtliche Schritt vor: „Ich glaube nicht, dass ein erneuter Lockdown vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hätte.“ Eine Woche später, nach dem Lockdown-Beschluss der Regierung, erklärte er: „Als Folge dieser – am Deutschen Bundestag vorbei – beschlossenen Maßnahmen droht tausenden Mittelständlern das wirtschaftliche Aus. (...) Daher ist es nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, die Frage zu stellen, ob die Maßnahmen auch im Rechtssinne verhältnismäßig sind und damit im Einklang mit unserer Verfassung stehen.“ Zwei Tage später prallte Ohoven mit seinem Auto gegen einen Brückenpfeiler, nachdem er „aus noch ungeklärter Ursache die Kontrolle über das Fahrzeug verloren“ hatte. Zur Beerdigung im kleinen Kreis erschien der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet.

Auch Franz Klein, Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands (Dehoga) in Hamburg, kritisierte die Corona-Maßnahmen öffentlich in aller Schärfe: „Ich habe den Eindruck, es soll ein Exempel an der Hotel- und Gaststättenbranche statuiert werden, obwohl wir nicht die Ursache für den Anstieg der Infektionszahlen sind“. Klein kannte sich aus in der Politszene, war zunächst Senatssprecher gewesen und hatte dann bis 2015 die Landesvertretung Hamburgs in Berlin geleitet. Im Oktober kündigte er an, Klagen von Gastronomen gegen die Regierung zu unterstützen. Wenige Wochen später verstarb er „plötzlich und unerwartet“.

Es sei betont, dass all diese Todesfälle selbstverständlich auch harmlose Erklärungen haben können. Für wie wahrscheinlich man das hält, angesichts der Häufung und der zeitlichen Abfolge, mag jeder Leser für sich entscheiden.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an den plötzlichen Tod des hessischen Finanzministers Thomas Schäfer am 28. März, auf dem Höhepunkt des ersten Lockdowns. Keine drei Wochen später, am 16. April, wurde damals ein weiterer ranghoher Mitarbeiter des hessischen Finanzministeriums „leiblos in seinem Büro aufgefunden“.

In beiden Fällen sprachen die Behörden von Selbstmord. Auffällig ist, dass diese Todesfälle von Finanzpolitikern sich beide in Hessen ereigneten, das mit der Bankenmetropole Frankfurt und der dortigen Börse der zentrale Finanzplatz Deutschlands ist.

Auch ganz unabhängig von den hier beschriebenen Todesfällen scheint es sehr starke Kräfte zu geben, die in der Corona-Krise den autoritären Lockdown-Weg mit aller Gewalt international durchsetzen, egal, wie die epidemiologisch relevanten Daten zu Tödlichkeit, Übersterblichkeit, Infektiosität und Belastung des Gesundheitssystems lauten. Doch wenn dem so ist: Welches Interesse wird dann mit dieser Renaissance autoritärer Politik verfolgt?

„Lock Step“ als Vorlage

Klar ist, dass die derzeit umgesetzten Programme eine politische Vorlage aus dem Jahr 2010 haben, das sogenannte „Lock Step“-Szenario der Rockefeller Foundation. Dieses Szenario, ein fiktiver Blick auf die mögliche Zukunft der Welt, hatte die Milliardärs-Stiftung im Mai 2010 veröffentlicht, also eineinhalb Jahre nach dem Höhepunkt der Finanzkrise. Nach eigenen Worten wollte man damit „eine neue strategische Debatte unter Entscheidungsträgern auslösen“. Laut dem auf acht Seiten detailliert ausgeführten Szenario ([PDF](#), ab Seite 18) führte eine Influenzapandemie zu globaler Panik, in deren Verlauf China rasch zum Vorbild in der Welt wurde und Regierungen überall eine Maskenpflicht und autoritäre Maßnahmen beschlossen. In dem Papier heißt es:

„Selbst nachdem die Pandemie abgeklungen war, blieb die autoritärere Kontrolle und Überwachung der Bürger bestehen und verstärkte sich sogar noch.“

Dem Drehbuch zufolge gaben die Bürger bereitwillig ihre Freiheit auf, breiter Widerstand baute sich erst nach vielen Jahren auf. Für den Handelsblatt-Journalisten Norbert Häring [zeigt](#) das Papier, „dass wichtige Akteure seit mindestens zehn Jahren über die politischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten und Herausforderungen nachdenken, die durch Angst auslösende Pandemien entstehen“.

Es lässt sich zur Zeit nicht sagen, wer dieses Papier ab 2010 mit wem in welchen Foren und Versammlungen diskutiert hat. Einen gewissen Einfluss wird es allein schon aufgrund des hochrangigen Absenders gehabt haben.

Fest steht: Ab 2017, unmittelbar nachdem Donald Trump ins Weiße Haus einzog und damit Schockwellen um den Globus sandte, nahm das internationale Übungsgeschehen rund um Pandemien und Bioterror [wieder Fahrt auf](#). Man bereitete sich mit großer Intensität auf einen anstehenden Virusausbruch und auch [auf einen verdeckten Biowaffeneinsatz](#) und die international koordinierte Reaktion darauf vor. In Übungen wie „[Clade X](#)“ (2018) und „[Event 201](#)“ (2019) wurde jedes Detail diskutiert, bis hin zu [PR-Strategien und der Rolle von Social Media](#) beim Kampf um Deutungshoheit in einer solchen Krise.

Warum gerade jetzt?

An dieser Stelle beginnen zwangsläufig die Spekulationen. Die mit jeder Woche schlüssiger werdende These, dass es in dieser Krise nicht um den weltweiten Gesundheitsschutz geht, sondern um globale Macht und Kontrolle, lässt immer noch die Frage nach den konkreten Akteuren offen – und auch die Frage, warum diese Krise gerade 2020 begann.

Um den Aspekt des flexiblen Zeitpunktes zu verdeutlichen: Da Viren sich ständig verändern und damit auch zu jeder Zeit "neue Viren" entstehen, die zu tödlichen Atemwegserkrankungen führen, kann mit dem vorhandenen Instrumentarium im Grunde auch jederzeit eine Pandemie ausgerufen werden. Es braucht nur die fehleranfälligen, wenig aussagekräftigen und manipulierbaren PCR-Tests, in den Händen von Regierungen und Seuchenschutzbehörden, die durch jahrelange internationale Pandemieübungen nervös gemacht und synchronisiert worden sind. Der Rest läuft, mit tatkräftiger Mithilfe unkritischer Medien, wie von selbst. Es muss bloß intensiv genug auf ein spezielles Virus fokussiert und die gesamte gesellschaftliche Aufmerksamkeit darauf ausgerichtet werden. Dass die reale Übersterblichkeit und Tödlichkeit dann keine große Rolle spielen, wird derzeit überdeutlich.

Das mit viel Geld und Lobbyarbeit in den letzten 20 Jahren aufgebaute Feld der Biosecurity und Pandemiebekämpfung, eine komplexe Maschinerie aus international abgestimmten Handlungsanweisungen, befindet sich schon seit mehreren Jahren im Bereitschaftsmodus und wartete im Grunde genommen nur auf einen entsprechenden Startschuss. Der hätte auch schon 2019, 2018 oder 2017 ausgelöst werden können, mit darauf folgenden Fehlalarmen und dazu passenden Maßnahmen. Warum also gerade jetzt?

Das Börsenbeben vom September 2019

Ein denkbarer Auslöser für die aktuellen Entwicklungen soll im Folgenden diskutiert werden. Im September 2019, wenige Monate vor Ausbruch der Corona-Krise, kam es an den US-Finanzmärkten zu einem bedrohlichen Beben, das weitgehend unter der Aufmerksamkeitsschwelle der breiten Öffentlichkeit blieb. Die ZEIT schrieb dazu am 1. Oktober 2019 unter der Überschrift „Kurzschluss im Finanzsystem“:

„Die Krise kam über Nacht. Banken drohte das Geld auszugehen. Notenbanker pumpten Hunderte Milliarden Dollar in den Geldmarkt, bloß um das Schlimmste zu verhindern. Das alles klingt nach dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise vor elf Jahren – doch tatsächlich beschreibt es den Montag vorletzter Woche. Da stand ein wichtiger Teil des Weltfinanzsystems kurz vor dem Zusammenbruch, und die Öffentlichkeit bemerkte so gut wie nichts. In der Nacht zum 17. September schoss ein bestimmter Zinssatz (...) ohne Vorwarnung nach oben: der Satz, der für Banken gilt, die sich kurzfristig etwas leihen wollen. Normalerweise werden Banken dort für etwa zwei Prozent Zinsen mit Cash versorgt (...) Aber plötzlich kostete Cash dort zehn Prozent. (...) Das letzte Mal, dass die Notenbanker am Repo-Markt eingreifen mussten, war nach dem Untergang der Investmentbank Lehman Brothers 2008. Die Schieflage der Investmentbank löste damals einen Notstand in diesem Teil des Finanzsystems aus, was fast zum Kollaps der Weltwirtschaft geführt hätte.“

Ein Blick auf die offiziellen Bilanzzahlen der US-Notenbank Fed zeigt sehr klar diesen die Finanzmärkte erschütternden Einschnitt, der zu einer Trendwende führte. Zum Verständnis: Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Herbst 2008 hatte die Fed eingegriffen und sehr viel „Geld gedruckt“ (richtiger: Staatsanleihen und Unternehmensanleihen mit selbst erzeugtem Geld gekauft). Zu diesem Zeitpunkt war das Vertrauen der Banken und großen Investoren untereinander zusammengebrochen. Das massive „Geld drucken“ der Fed (die Bilanzsumme wurde binnen Wochen verdoppelt) überbrückte diese Vertrauenskrise der Händler und Spekulanten und wendete einen Systemkollaps ab. In den Folgejahren kehrte das Vertrauen jedoch nie vollends zurück, die Bilanzen wurden weiter aufgebläht, die Instabilität des Systems immer größer.

Aufschlussreiche Bilanzzahlen

Eine Grafik der Fed-Bilanz zeigt, wie die Zentralbank ab Ende 2017 damit begann, stetig und in kleinen Schritten aus dieser riesigen Blase Druck abzulassen. Man verkaufte Staatsanleihen und Unternehmensanleihen in überschaubaren, regelmäßigen Tranchen, in der Hoffnung, dass das Vertrauen der Händler untereinander groß genug war. Dieser zentral gesteuerte Prozess ging zwei Jahre lang gut – bis im September 2019 dann das passierte, was der Zeit-Artikel oben beschreibt: Eine Neuauflage des Zusammenbruchs von 2008, nur diesmal wesentlich größer, stand unmittelbar vor der Tür.

Sofort verfiel die Fed in den Alarm-Modus und begann wieder „Geld zu drucken“, wie man am Ansteigen der Kurve ab Mitte September 2019 sieht. Die langfristige Strategie, langsam und in kleinen Schritten Druck abzulassen war offenkundig gescheitert, erneut drohte ein unkontrollierter Systemkollaps. Aus der Grafik ist ersichtlich, wie das massive „Geld drucken“ im September 2019 begann und in den Wochen und Monaten darauf kontinuierlich fortgesetzt wurde – lange vor Corona. Norbert Häring schrieb dazu am 16. Januar 2020, als das Coronavirus noch eine Randnotiz in den Medien war:

„Die Fed begründete ihr Eingreifen – wenig überzeugend – mit einer temporären eigenen Fehlkalkulation (...). Man dürfe keinesfalls schließen, dass die Banken sich gegenseitig nicht mehr trauen. Die angebliche Fehlkalkulation ist offenbar ziemlich hartnäckig. Vier Monate später gibt es die Notfallkredite (...) immer noch in ungebremster Höhe und ein Ende ist nicht absehbar. Die Namen der Empfänger der Kredite hält die Fed geheim, damit diese nicht den Ruf der Bedürftigkeit bekommen. (...) Vielleicht befindet sich der von den Notenbanken befeuerte Finanzmarktboom in der Endphase vor dem Zusammenbruch.“

Ab März 2020 wurde dann, im Schatten der neuen „Gesundheitskrise“, in einem historisch beispielloses Ausmaß „Geld gedruckt“. Aktuell liegt die Bilanzsumme der Fed doppelt so hoch wie vor dem Börsenbeben vom September 2019. Entscheidend dabei ist, dass die Trendwende klar erkennbar nichts mit dem Auftauchen eines Virus zu tun hat, sondern mit dem beschriebenen Vertrauensverlust an den Börsen im September 2019.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet stellt sich die Frage, ob die Coronakrise seit Januar 2020 nicht ein globales Ablenkungsmanöver ist, mit dessen Hilfe die Manager des komplexen internationalen Finanzsystems Zeit gewinnen zur Absicherung ihrer Macht und Kontrolle. So gesehen könnte es auch um eine „Revolutionsvorbeugung“ gehen, denn unkalkulierbare Unruhen wie die Gelbwesten-Proteste, wie sie ab Ende 2018 die Regierung in Frankreich unter Druck setzten, sind unter dem Corona-Regime nicht mehr durchzuführen. „Social Distancing“ verhindert den kollektiven Protest auf der Straße effektiv und nachhaltig. So bleibt alles wie es ist. Vielleicht erscheint einigen Akteuren das als letzter Ausweg zum Machterhalt – denn der nächste, nun absehbare Finanzcrash droht einen politischen Umbruch nach sich zu ziehen, von dem eigensinnige und durch Eliten schwer zu lenkende Politiker wie Donald Trump nur erste warnende Vorboten waren.

Depressive Trance

Folgt man diesem Gedankengang, dann erscheinen Corona-Hardliner wie Joe Biden in den USA, Emmanuel Macron in Frankreich oder Markus Söder in Deutschland wie die politischen Vertreter dieser um ihre Macht bangenden Finanzeliten. Deren Hausorgan, die New York Times, gibt aktuell einen düsteren Grundton vor, der an Durchhalteparolen aus dem Krieg erinnert:

„Die Nation muss nun eine kritische Übergangsphase durchstehen, eine, die viel zu lange zu dauern droht, während wir berechtigten Optimismus für den nächsten Frühling beiseite legen und uns dem bevorstehenden

dunklen Winter stellen.“

Die kommenden Monate würden „einfach nur schrecklich“, so die Zeitung. Es ist, als sollte die Öffentlichkeit dauerhaft in eine depressive Trance versetzt werden, in der die Menschen vollkommen erschöpft und passiv alles geschehen und mit sich machen lassen. Wenn das die Vision der aktuellen „Eliten“ ist, dann, so darf man konstatieren, sind sie wirklich am Ende.

Die lähmende Hypnose, deren düstere Mantras unablässig aus allen Medienkanälen strömen, ist eine Falle. Um sie zu meiden und einen klaren Verstand sowie den nötigen Optimismus zu bewahren, bedarf es großer Umsicht und Wachheit, aber auch Gelassenheit – dies alles insbesondere in der Justiz und der Richterschaft, wo in den kommenden Wochen und Monaten viele grundlegende Entscheidungen anstehen, die die Weichen für eine lebenswerte – oder erschreckend triste – Zukunft stellen werden.

Weitere Artikel zum Thema:

- **Wurde die Corona-Krise geplant?** (Paul Schreyer, 18.9.)
- **Quo vadis, Rechtsstaat?** (Oliver Märtens, 14.8.)
- **Covid 9/11** (Paul Schreyer, 31.7.)

Anmerkungen

(1) Der brisante Artikel wurde von der Redaktion nach wenigen Tagen zurückgezogen, allerdings ohne die präsentierten Zusammenhänge stichhaltig zu widerlegen.

(2) ZDF-Moderator Daniel Bröckerhoff kritisierte Prof. Schrappe zunächst, in den Thesenpapieren, zu denen er ihn befragte, konkrete Vorschläge zum Schutz der Risikogruppen „nicht gefunden“ zu haben, musste dann aber einräumen, „nicht die Zeit“ gehabt zu haben, diese Papiere vor dem Interview überhaupt zu lesen.

(3) New York Times, „Is America Ready for Another Outbreak? No. But there are clear steps the government needs to take.“, 23. Januar 2020; New York Times, „Fears Over New Coronavirus Grip Davos“, 23. Januar 2020; New York Times, „Stocks Fall as Second Virus Case in U.S. Spooks Investors“, 24. Januar 2020